



Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Hessen



Wiesbaden, den 07. Januar 2009

Offener Brief

GdP-Kooperationsangebot an BdK und DPoIG

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

zum 1. April 2009 löst das neue Beamtenstatusgesetz das bisherige Beamtenrechtsrahmengesetz ab. Dies bedeutet lediglich die Festlegung **beamtenrechtlicher Grundstrukturen**. In Fragen des **Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts** können die Bundesländer **in eigener Souveränität** entscheiden, wie sie eine Dienstrechtsreform umsetzen wollen.

Nachdem in der Vergangenheit Reformprozesse der öffentlichen Verwaltung nur als Sonderopfer für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes verstanden wurden, ist die Sorge unter den hessischen Polizeibeschäftigten groß, dass die Umsetzung der Dienstrechtsreform wiederum auf Einsparungen/Kürzungen ausgerichtet ist.

Damit muss endgültig Schluss sein!

Zentrale Fragen, wie beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, finden ihren Ausdruck in der Wochen- und Lebensarbeitszeit, der Einsatzbelastung, der Besoldungsstruktur und nicht zuletzt einer angemessenen Versorgung eines immer gefährlicher werdenden Polizeidienstes.

Und wo bleibt die Fürsorge des Dienstherrn/Arbeitgebers?

In der angelaufenen Besoldungsrunde für den hessischen öffentlichen Dienst sind die Forderungen nach einer 8-prozentigen Gehalts-/Besoldungserhöhung richtig und wirtschaftlich wichtig. Es reicht nicht aus, mit Hunderten von Millionen Euro Firmen und Banken zu unterstützen - Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage sind ebenso unverzichtbar. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen durch die 8-prozentige Gehalts-/Besoldungserhöhung eine Signalwirkung an die Privatwirtschaft geben.

Damit die Beschäftigten der hessischen Polizei in den anstehenden Prozessen nicht sprichwörtlich „unter die Räder kommen“ ist es an der Zeit, gemeinsam mit vereinten Kräften die Interessen gegenüber der Politik nachhaltig einzufordern!

Die GdP Hessen bietet deshalb dem Bund deutscher Kriminalbeamter (BdK) und der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund (DPoIG) eine Kooperation an. Im Sinne einer leistungsfähigen hessischen Polizei und hoch motivierten Kolleginnen und Kollegen sollten alle Polizeigewerkschaften und Berufsvertretungen gemeinsam klare und einheitliche Positionen vertreten.

Euer
Jörg Bruchmüller
Landesvorsitzender